

# Strategische Kulturanalyse: Deutschland, Frankreich und die Transformation der NATO<sup>1</sup>

Alexander Siedschlag

## 1 Einführung

*Strategische Kultur* ist seit langem ein Terminus in der Sicherheitspolitik, und der Begriff wurde schon vor zweihundert Jahren von Clausewitz verwendet. Clausewitz meinte damit, dass nicht nur die Truppen, sondern auch die „Moral“ des Gegners ein Angriffsziel seien, und dass darüber hinaus selbst die rational ausgeklügeltesten Kriegsziele und Strategien von Regierungen keinen Wert hätten, wenn sie nicht auch die Gesellschaft mobilisieren könnten. Genau das hänge jedoch vom jeweiligen Nationalcharakter ab, wie das Napoleonische Volksheer, die *levée en masse*, zeige. Die in diesem weiten Sinn kulturorientierte Interpretation im Militärwesen geht letztlich auf Thukydides und auf klassische chinesische Strategen zurück. In der politikwissenschaftlichen Forschung ist das Konzept strategische Kultur seit an die vierzig Jahren einschlägig. Jedoch wurde es zunächst sehr eng verstanden und bezog sich einerseits auf die nationalen – unter anderem durch historische Erfahrung bedingten – Charakteristika von Militärstrategie und andererseits auf das – auch emotional geladene – Weltbild militärischer Führungsgruppen wie etwa des sowjetischen Generalstabs (klassisch: Snyder 1977: z.B. 8).

Strategische Kulturforschung im weiteren Sinn wandte und wendet sich strikt gegen das Modell des rationalen Akteurs, wie es sicherheitspolitische Analysen lange geprägt hat, und geht davon aus, dass Staaten weder einheitliche kollektive Akteure darstellen noch dass Eliten die sicherheitspolitischen Interessen von Staaten „konstruieren“ und sich deswegen nationaler Strategiewandel sozusagen über einen Bewusstseinswandel der Eliten vollziehe. Vielmehr sei die strategische Kultur eines Landes fest in der öffentlichen Meinung verwurzelt und gerade deshalb keine soziale, sondern beinahe eine materielle, strukturelle Größe. So spielten Weltbilder, Wahrnehmungen und dergleichen schon in Snyders

---

1 Dieser Aufsatz baut auf einem Beitrag auf, der unter dem Titel „Der ‚kulturelle Faktor‘ in der Sicherheitspolitik“ erschienen ist in: Reader Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen. Bonn: Streitkräfteamt der Bundeswehr, Ergänzungslieferung 09/2003. Für die Durchsicht des Manuskripts danke ich Thomas Tannheimer und Robert Jindra.

(1977) Analyse letzten Ende doch eine untergeordnete Rolle. Sie ergänzte Gray (1986) in seinem Versuch, sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen und *grand strategies* auf einen bestimmten „nationalen Stil“ zurückzuführen, nämlich auf Denk- und Handlungsmodelle hinsichtlich militärischer Gewalt, wie sie sich aus der Wahrnehmung der eigenen Vergangenheit ergeben. Doch auch hier diene strategische Kultur als Analysekategorie nur dazu, das politische Milieu zu erschließen, in dem Strategiefragen debattiert werden, und nicht dazu, sicherheitspolitische Handlungsmuster selbst zu erklären oder zu untersuchen, nach welchen Gesichtspunkten sich das sicherheitspolitische Milieu seinerseits entwickelt. Gerade für die angewandte Forschung haben derartige Ansätze deshalb begrenzten Wert (vgl. auch bereits die Kritik bei Booth 1991; Klein 1988).

Die neuere *Strategische-Kultur-Forschung* (für einen Überblick: Lantis 2002a; Poore 2004) hingegen betrachtet im Gegensatz zur früheren Forschungsgeneration nicht Einstellungen und Gewohnheiten im „militärischen Establishment“ (wie Klein 1989: 5 den Analysefokus zusammenfassend definiert hatte), sondern baut auf spezifisch sozialwissenschaftlichen Konzepten auf und möchte damit aus einer breiter angelegten Perspektive die Frage beantworten: Welche *Vorstellungen von Sicherheit* (z.B. welche Sicherheitsideen und welche spezifische Art, Bedrohungen wahrzunehmen und zu interpretieren) bilden die Grundlage der Sicherheitspolitik eines bestimmten Staates? Zusätzlich geht es der Forschung darum, aus Antworten auf derartige Fragen Vermutungen über wahrscheinliche *Handlungstendenzen* des jeweiligen Staates abzuleiten. Das zugehörige Verständnis von *Kultur* als gesellschaftlich geschaffene, überlieferungsfähige anpassungsorientierte Daseinsgestaltung entspricht auch der eigentlichen Begriffsbedeutung (von lateinisch „cultura“ = Anbau, Pflege, Ausformung): Kultur ist die vom Menschen bearbeitete „Natur“, d.h. die von den Akteuren selbst geschaffene Lebenswelt, die von ihnen selbst geformten Lebensbedingungen, die aber mit der Zeit „fraglos“ geworden sind (vgl. Schütz 1972: 156f.). Neben den Kulturobjekten (z.B. Architekturleistungen) umfassen diese Lebensbedingungen hauptsächlich komplexitätsreduzierende und überschaubare Entscheidungsalternativen schaffende kollektive Vorstellungen über die Wirklichkeit: Leitbilder der Daseinsgestaltung, welche die Handlungsorientierungen und die Inbezugsetzung zur Umwelt bestimmen, aber auch definieren, wann es welche Probleme geben „darf“ (vgl. Elkins/Simeon 1979: 127f.). Das hat nicht zuletzt Folgen für die für die Mitglieder einer Gesellschaft im Ganzen typische Gefühls- und Erlebniswelt; zum Beispiel dafür, welche emotionalen Bezüge in der sicherheitspolitischen Debatte hergestellt werden und inwieweit diese eine „rationale“, vorrangig an den zu bewältigenden sachlichen Herausforderungen orientierte Entscheidungsfindung überlagern.

Im Rahmen des Faches Internationale Politik insgesamt ist das „Kultur“-Konzept in den 1990er-Jahren zu einem Analyserahmen für die innenpolitisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen der Herausbildung (oder „Konstruktion“) einer nationalen Sicherheitsstrategie ausgearbeitet worden. Katzenstein (1996) prägte in diesem Zusammenhang das Konzept „nationale Sicherheitskultur“ als Alternative zum Konzept der nationalen Sicherheit als Streben nach Wahrung der eigenen internationalen Position im Sinn des strukturellen Realismus (oder amerikanischen Neorealismus) von Waltz (1979). „Kultur“ bezieht sich dabei auf die Rolle von innenpolitischen sozialen Praktiken für das internationale Handeln von Staaten, für die Herausbildung ihrer internationalen Identität und für die Definition ihrer Sicherheitsinteressen. Das systematische Problem derartiger Forschungsansätze ist mithin, dass sie den Kulturbegriff nicht ganz adäquat verwenden. Kultur als sozialwissenschaftliches Analysekonzept ist nicht darauf ausgerichtet, wie sicherheitspolitische Handlungsentscheidungen innenpolitisch „konstruiert“ werden oder wie Legitimation für diese Entscheidungen „konstruiert“ wird – das wäre ein diskursanalytischer oder poststrukturalistischer Ansatz –, sondern darauf, die sich von Menschen immer wieder selbst geschaffenen Handlungsgrundlagen zu erklären, d.h. das Bezugssystem, durch das eine Gesellschaft ihre Umwelt erfährt, ihr gemeinsam eine bestimmte Bedeutung zuschreibt und mit dessen Hilfe sie versucht, einerseits strukturelle Umwelteinflüsse zu bewältigen und andererseits angesichts einer sich ständig wandelnden, komplexen Umwelt anpassungsfähig und handlungsfähig zu bleiben (siehe Thompson/Ellis/Wildavski 1990: 218f.). Sozialwissenschaftlich unakzeptabel ist es deswegen, etwa wie Lapid und Kratochwil (1996) „Kultur“ als Metonymie für das neue Forschungsinteresse an „nicht-materiellen“ Kräften in der internationalen Politik und an der Bestimmung der internationalen Position eines Staates, wenn sie offenbar nicht durchgängig „strukturell“ bestimmt ist, zu verwenden.

Um den verschiedenen Generationen strategischer Politikforschung insgesamt Rechnung zu tragen, könnte man zusammenfassend sagen, dass sich *strategische Kultur* als Forschungsmethode auf für eine bestimmte Gemeinschaft charakteristische sicherheitspolitische Stile bezieht: vor allem die Erfahrungen mit Krieg und Frieden, Vorstellungen von der Rolle der Streitkräfte bei der Friedenssicherung, bestimmte Weisen der Bedrohungswahrnehmung, spezielle Feindbilder, Kooperationsmaximen (Multilateralismus, Unilateralismus usw.) und wissensmäßige bzw. erfahrungsorientierte Grundlagen der Militärstrategie.<sup>2</sup>

---

2 Dies auch in Abgrenzung etwa zur diplomatischen Kultur, die internationale Verhandlungsstrategien von Staaten in den Mittelpunkt rückt, und zur politischen Kultur einer Gesellschaft im innenpolitischen Sinn. Ein umfassender Begriff wäre die nationale Sicherheitskultur, in der strategische, diplomatische und gesamtgesellschaftliche kulturelle Komponenten zusammenfließen (siehe Krause 1999).

Seit einiger Zeit wird „strategische Kultur“ außerdem als ein *politischer Begriff* verwendet und bezeichnet eine Norm für wirkungsvolle Sicherheitspolitik angesichts neuer Bedrohungen und Kooperationserfordernisse. Die im Dezember 2003 vom Europäischen Rat verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ zum Beispiel sprach von der EU als einem „globalen Akteur“, der nicht nur mit Partnern und Nachbarn gemeinsam arbeitet, sondern auch aktionsfähig ist – das heißt, auf dem Gebiet von Nachbarn Operationen durchführen kann, gestützt auf einen „effektiven Multilateralismus“ mit einer gemeinsamen „strategischen Kultur“, die „ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert“ (EU 2003: 11, dazu auch Toje 2005). Auch in der NATO wird der Begriff strategische Kultur verwendet. Hier bezieht er sich auf die Entwicklung eines europaweiten kooperativen Geistes in der gemeinsamen Krisenbewältigung und auf die Entwicklung gemeinsamer Praktiken zwischen den einzelnen nationalen Streitkräften, um internationale Operationen effizienter zu gestalten. Spricht die EU von einem „Multilateralismus“, so erstrebt die NATO einen „Multikulturalismus“, der die Streitkräftekulturen der Bündnisstaaten mit denen der Partnerstaaten vereinen soll (NATO 2003b).

*Strategische Kultur* als eine spezielle Methode der sicherheitspolitischen Analyse wird im Folgenden zunächst als solche erklärt. Daraufhin werden ihr Nutzen, ihr Mehrwert und ihre Grenzen am Beispiel der deutschen und der französischen Positionierung gegenüber den Beschlüssen des Prager NATO-Gipfels (November 2002) illustriert. Die Wahl dieses Beispiels bietet sich aus zwei Gründen an. Erstens sind der Prager Gipfel und die Positionierung von NATO-Staaten ihm gegenüber ein abgeschlossener Fall, der aber nach wie vor unmittelbar gegenwartsrelevant ist; denn in Prag beschlossen die NATO-Staaten den zukunftsprägenden Grundsatz, dass das Atlantische Bündnis sich in fortwährender „Transformation“ befindet und überall dort tätig werden kann, wo seine Mitgliedsstaaten es einvernehmlich wünschen. Zweitens lässt ein Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland in diesem Fall gut erkennen, wie – oftmals als außen- und sicherheitspolitisches Tandem wahrgenommene Staaten – aufgrund des kulturellen Faktors in der Sicherheitspolitik auf „strukturellen“ Druck, dem sie gemeinsam ausgesetzt sind, unterschiedlich reagieren.

## 2 Der konstruktivistische Bezugsrahmen

Um die Spezifika der strategischen Kulturanalyse als einer speziellen sicherheitspolitischen Untersuchungsmethode zu verstehen, muss man ihren *konstruktivistischen* erkenntnis- bzw. wissenstheoretischen Ausgangspunkt kennen: Es

gibt eine objektive Wirklichkeit, doch die Welt ist uns nicht als (in allen Köpfen gleiche) Kopie dieser Wirklichkeit zugänglich, sondern nur als jeweils individuelle Erfahrungswelt, und die Maßstäbe dieser Erfahrung sind subjektiv (weiterführend: Jensen 1999). Deswegen kann man nur das erkennen und verstehen, was man mit Instrumenten, die man selbst entwickelt hat, konstruiert oder wahrgenommen hat. Konstruktivismus in diesem fundamentalen – ursprünglich aus der Mathematik stammenden – Sinn bezieht sich dann auf die Art und Weise, wie ein Akteur im Rahmen bestimmter allgemeiner Gesetze seine Erfahrungswelt schafft und sich in seinem Denken und Handeln dieser Erfahrungswelt anpasst. Die Kernaussage des Konstruktivismus ist jedoch nicht: Alles ist konstruiert oder sozial bedingt. Die Welt kann so sozial konstruiert sein wie sie will, doch sobald sich die Akteure auf sie einlassen, wird sie objektiviert und verselbstständigt sich von den Konstruktionsprozessen. Das entspricht der klassischen wissenschaftssoziologischen Maxime von Berger und Luckmann (1980: 65): „*Gesellschaft in ein menschliches Produkt. Gesellschaft ist eine objektive Wirklichkeit. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Produkt.*“

Konstruktivismus ist nicht notwendigerweise ein methodologischer Gegensatz zu Analyseverfahren etwa aus dem Paradigma des Realismus. Die Realisten sind heute weiter als Desch (1998: 142), der noch meinte, „kulturelle Theorien“ könnten realistische Theorien allenfalls hin und wieder ergänzen. Einen Brückenschlag zwischen Neorealismus und Strategischer-Kultur-Forschung hatte im Übrigen bereits Johnston (1995) mit seinem Ansatz des „kulturellen Realismus“ geschaffen, der davon ausgeht, dass *ideelle Faktoren* zu epochenübergreifenden *politischen Tatsachen* werden können. Die gegenwärtige Forschung sucht Verbindungsmöglichkeiten dadurch, dass sie Neorealismus als ein Theoriesystem versteht, strategische Kultur aber als einen zum Konstruktivismus gehörenden Analyseansatz oder als eine konstruktivistische Analysemethode (Glenn/Howlett/Poore 2004). Damit bieten sich interessante Anschlussmöglichkeiten an den europäischen Neorealismus, zum Beispiel auch an konstellationsanalytische Methoden (Siedschlag 2001).

Leider wird der Begriff Konstruktivismus, der im Fach Internationale Politik seit fast zehn Jahren gebräuchlich ist, nach wie vor häufig wissenschaftstheoretisch unbedarft und falsch verwendet (einen empfehlenswerten Überblick zum Konstruktivismus in der sicherheitspolitischen Analyse liefert Farrell 2002). Insbesondere die deutschen Anhänger des so genannten „Sozialkonstruktivismus“ (z.B. Risse 2003; Ulbert 2003) scheinen mit diesem Begriff allenfalls sagen zu wollen, dass zum Beispiel auch internationale Konflikte nicht auf Friktionen der internationalen Machstruktur oder auf real feststellbare Bedrohungspotenziale und Interessenunterschiede zurückzuführen sind, sondern auf gesellschaftliche Konstruktionen des Anders-Seins, des Gegnertums, auf die

weltbildbasierte Wahrnehmung der Wirklichkeit (Perzeption) usw. Das ist aber nichts Neues und entspricht auch nicht der grundlegenden wissenschaftstheoretischen Bedeutung des Begriffs Konstruktivismus.<sup>3</sup>

Wenn Gesellschaft im Übrigen eine „objektive Wirklichkeit“ im Sinn von Berger und Luckmann ist, dann können die Akteure nicht beliebig herumkonstruieren, wie der „Sozialkonstruktivismus“ das offenbar annimmt, sondern sie unterliegen bestimmten Regeln, die nicht beliebig oder rein subjektiv, sondern soziale Tatsachen oder sogar biologisch programmiert (z.B. die Erkenntnisleistung des Gehirns) und als solche wissenschaftlich feststellbar sind (z.B. Vowinkel 2001). Infolgedessen geht es dem Konstruktivismus nicht darum, einzelne soziale „Konstruktionen“ nationaler Interessen, Identitäten, Vorstellungen von Krieg, von Sicherheit usw. haargenau nachzuzeichnen, sondern die *allgemeinen Regeln* und die sozial *objektivierten Erfahrungswelten* aufzudecken, die diesen Konstruktionsprozessen zugrunde liegen (vgl. bereits Adler 1997). Daraus ergibt sich eine bestimmte *Grundmethode der Politikanalyse*: Man muss keine strukturalistische und deduktive Analyse (wie für die rationalistischen Theorien typisch), sondern eine „konstitutive“ Analyse durchführen: erschließen, in welchen Kontext (v.a. welche Ideengebäude, Wahrnehmungs- und Wissensstrukturen) die Dinge hineingehören, und feststellen, wie die Akteure nicht nur ihre Umwelt, sondern auch sich selbst sehen (Wendt 1999: 83-88).

Ernst zu nehmender Konstruktivismus im Fach Internationale Politik beschäftigt sich davon ausgehend vor allem damit, wie das internationale System als sozialer Raum beschrieben werden kann, der als überwölbende Sinnwelt den Akteuren (durch „konstitutive Normen“) überhaupt erst bestimmte Handlungsmöglichkeiten eröffnet, dadurch aber zugleich (auf der Grundlage „regulativer Normen“) ihre Handlungsoptionen beschränkt (Fearon/Wendt 2002). Nicht „materielle“ oder „strukturelle“, sondern „ideelle“ Faktoren stehen somit im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Die Staaten, in so genannten rationalistischen Theorien wie dem strukturellen Realismus oder dem neoliberalen Institu-

---

3 Die Auffassung allein, dass internationale Politik ein *Konstrukt* ist, ist noch nicht einmal eine Gegenmeinung zum amerikanischen Neorealismus; denn Waltz hat die Ausarbeitung seiner Theorie mit der Prämisse begonnen, dass die von ihm dann vorgenommene strukturalistische Reduktion von Komplexität gerade deswegen nötig ist, weil internationale Politik ein komplexes Konstrukt ist und sich deswegen nur deduktiv, nicht aber induktiv (z.B. über den Versuch, Identitätsvorstellungen und Weltbilder zu erschließen) praktikabel wissenschaftlich untersuchen lässt: „We can never say with assurance that a state of affairs inductively arrived at corresponds to something objectively real. What we think of as reality is itself an elaborate conception constructed and reconstructed through the ages. Reality emerges from our selection and organization of materials that are available in infinite quantity. How can we decide which materials to select and how to arrange them?“ (Waltz 1979: 5). Waltz fährt fort zu erläutern, dass Theorien keine Erklärungen, insbesondere keine bloße Ansammlung von Hypothesen sind, sondern Erklärungen der Erklärungen: Sie geben den Hypothesen überhaupt erst einen wissenschaftlichen Sinn.

tionalismus als die Grundeinheiten des internationalen Systems betrachtet, werden aus konstruktivistischer Perspektive erst durch die Norm „Souveränität“ konstituiert, die selber ebenfalls eine Konstruktion ist (nämlich ein Verhandlungsergebnis, wie es zum Beispiel im Westfälischen Frieden 1648 und in Artikel 2 Absatz 1 der UN-Satzung festgeschrieben wurde). Gerade auch um ihre nationalen Eigeninteressen zu verfolgen, müssen sich die Staaten in diese soziale Welt einpassen: Sie benötigen deren Normen (z.B. Souveränität, Recht auf Selbstverteidigung usw.), um überhaupt mit Anspruch auf Geltung handeln zu können. Doch dadurch schränken sich die Aktionsmöglichkeiten der Staaten von vornherein ein, und sie müssen nicht nur macht- und interessenorientiert, sondern auch verständigungsorientiert kommunizieren und handeln (Franck 1990; Müller 1994).

Sofern sich internationale Normen und „Institutionen“ (z.B. die NATO) auf gemeinsame Interpretation und Kommunikation der Staaten stützen können, können sie eine systematisch politikprägende Kraft entfalten, so dass das Recht des Stärkeren und die Macht des nationalen Eigeninteresses mitunter der Macht der internationalen Legitimität weichen können. Basiskategorien der rationalistischen Theorien (wie Anarchie und Sicherheitsdilemma) sind deshalb aus konstruktivistischer Sicht keine zeitlosen und von sich aus wichtigen Strukturmuster, sondern in ihrer Wirkung von der Bedeutung abhängig, die ihr die Akteure zuschreiben, und von den Handlungskonsequenzen, die sie aus dieser Bedeutungszuschreibung für sich ableiten (Wendt 1992, ausführlich 1999). Dass man sich verständigt, bedeutet allerdings noch lange nicht, dass man auch gemeinsame sicherheitspolitische Strategien verfolgt, und gemeinsame Weltbilder münden ebenso wenig automatisch in gemeinsames Handeln. Luhmann hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass man eine vermittelnde Instanz zwischen Sprache und Interaktion braucht, eben einen Themenvorrat, der besagt, worüber man mit anderen sprechen und erwarten kann, dass sie das selbe darunter verstehen, und dass diese Erwartung von den anderen ebenso gehegt wird. *Kultur* ist für Luhmann (1987: 224f.) genau dieser Themenvorrat und bedarf deshalb einer eigenständigen Analyse.

### 3 Kulturanalyse internationaler Politik

Da auch der Konstruktivismus im Fach Internationale Politik sich selbst nicht als ausgearbeitete Theorie, sondern als Analyseperspektive sieht, ist die Einkoppelung theoretischer Modelle nötig, wenn man auf seiner Grundlage konkrete Politik wissenschaftlich untersuchen möchte. Eine besonders nahe liegende Möglichkeit ist die Einkoppelung des Forschungsfelds Kultur und Außenpolitik



(Überblick: Hudson 1997). In der sicherheitspolitischen Analyse ist dieses Forschungsfeld im Rahmen der strategischen Kulturanalyse besonders weit entwickelt. Kultur ist jedoch – um es noch einmal zu sagen – eben nicht das Ergebnis irgendwelcher gerade ablaufenden sozialen Wirklichkeitskonstruktionen, sondern vielmehr die Voraussetzung dafür (Schwelling 2001). Kultur ist eine soziale Tatsache, ein akteurs- und handlungskonstituierendes Element höherer Ordnung: Sie bildet die überlieferte, symbolisch vermittelte Grundlage für das *Wissensmanagement* einer sozialen Gemeinschaft und die daraus abgeleitete Einstellung gegenüber der Realität (Geertz 1973: 89). Dieser Kulturbegriff ist vor allem entwickelt worden, um die Erfahrung einer Gesellschaft mit dem „Anderen“ (mit einem bisher noch nicht gekannten Aspekt der „Umwelt“ oder mit ganz anderen Gemeinschaften und deren Eigenheiten) untersuchen und ermitteln zu können, mit welchen sozialen Mechanismen es eine Gesellschaft bewerkstelligt (oder daran scheitert), angesichts der Herausforderung durch das „Andere“ handlungsfähig zu bleiben, zugleich aber anpassungsfähig zu werden und über alledem ihre Identität und ihre Werte zu wahren (so bereits Keesing 1974: 75f.). Was allerdings als das „Andere“ erfahren wird, folgt keiner natürlichen Grenze, sondern ist symbolisch kodiert und kann sich im Laufe der Zeit verschieben. Derart lässt sich beispielsweise nachvollziehen, wie der Irak unter Saddam Hussein in der sicherheitspolitischen Vorstellungswelt der USA von einem ungeliebten, zwecks der Eindämmung der sowjetischen Einfluss-Sphäre im Nahen Osten aber nötigen Verbündeten zu einer Inkarnation des Bösen wurde.

Kultur prägt eine Wirklichkeit eigener Art, die kein direktes Abbild der Realität ist. Eine am kulturellen Faktor orientierte Analyse betont deshalb die Rolle von *Pfadabhängigkeiten*: Der aktuelle Problemhaushalt ist auch von der jeweiligen Eigengeschichte der zu analysierenden Akteure oder Institutionen mitbestimmt (z.B. March/Olsen 1998) – etwa von historisch überlieferten Sicherheitsideen, die trotz veränderter Bedingungen bereits aus Gründen der Legitimation nicht einfach aufgegeben werden können. Im Fall der *NATO* ist dies an der fortgesetzten Betonung des Prinzips der (nunmehr geographisch entgrenzten) kollektiven Verteidigung erkennbar. Im Handeln läuft allerdings nicht ständig das Bewusstsein mit, dass das, was man als zwingende Notwendigkeit empfindet, ursprünglich der kleinste Nenner einer gemeinsamen Situationsdefinition war, auf den man sich verständigen konnte. Der „Krieg gegen den Terror“ seit dem 11. September 2001 und die weit reichenden Folgen dieses „Konstruktes“ für die reale Sicherheitspolitik sind ein einschlägiges Beispiel. Es lieferte die symbolische und wertbezogene Handlungsgrundlage für das Vorgehen in Afghanistan ebenso wie für den Krieg gegen den Irak und für fundamentale Neuorientierungen auf dem Gebiet der Nichtverbreitung von Massenvernichtungs-



waffen. Überhaupt lebt die Sicherheitspolitik von vereinheitlichenden, auch wertenden Typisierungen (Nuklearwaffenstaaten, nukleare Habenichtse, Problemstaaten, Zivilmächte usw.) und von Normen vermittelnden Symbolen (entweder materielle wie Botschaften, Uniformen, Rot-Kreuz-Flaggen oder sprachlich vermittelte wie „Friedenspolitik“, „bedingungslose Solidarität“, „Verteidigung der gemeinsamen Werte“, „Verteidigung der Sicherheit am Hindukusch“ usw.). Diese symbolgestützten Komplexitätsreduktionen sind an sich nichts Schlechtes; denn sie ermöglichen in einer unübersichtlichen Sicherheitslandschaft überhaupt erst nationale Identitätsbildung und Positionierung sowie multinationale Abstimmung und Handlungsfähigkeit.

Im Forschungsfeld *strategische Kultur* haben sich vier grundlegende Analysedimensionen und zugehörige Methodenrahmen herausgebildet. Diese vier Dimensionen werden nun kurz beschrieben und bilden dann auch den Bezugsrahmen für die Illustrierung des strategiekulturellen Forschungszuganges anhand des Fallbeispiels Deutschland, Frankreich und die Transformation der NATO gemäß den Beschlüssen des Prager Gipfels (2002).

## 4 Strategische Kultur: Vier Analysedimensionen

### 4.1 Kultur als Handlungsrepertoire und Erfahrungswelt

Diesem Modell nach sichert die strategische Kultur eines Landes vor allem die Handlungsfähigkeit seiner sicherheitspolitischen Eliten. Sie ermöglicht es ihnen, die Komplexität ihrer Lebenswelt zu einer stringenten, überschaubaren Erfahrungswelt zu reduzieren, Handlungsalternativen zu identifizieren und sinnhafte Entscheidungen zwischen ihnen zu treffen (z.B. Gray 1986; Johnston 1995). Die Kernthese lautet hier: Nicht die internationale Situation selbst und auch nicht deren subjektive Wahrnehmung erklären, welche Staaten warum wann welche außen- und sicherheitspolitischen Interessen entwickeln. Vielmehr bestimmen die vorhandenen erfahrungsweltlichen (pfadabhängigen, historisch gewachsenen) Strategien, Identitätsvorstellungen und Typisierungen, welche Interessen entwickelt werden und wie man versucht, sie zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang spricht man vom sozial und kulturell bedingten *Handlungsrepertoire*. Unter Rückgriff auf dieses Konzept lässt sich erklären, warum Akteure auf gleiche internationale Strukturzwänge unterschiedlich reagieren: Sie handeln in unterschiedlichen Erfahrungswelten und/oder haben unterschiedliche Handlungsrepertoires. Zum Handlungsrepertoire gehören auch die Lehren, die man aus der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Vergangenheit zieht, und emotionale Reaktionen vor dem Hintergrund der eigenen Identitätsvorstellungen.

#### *4.2 Kultur als Wissenssystem zur Wirklichkeitsinterpretation*

In diesem Modell geht es nicht darum, wie Akteure vorhandene Handlungsrepertoires über die Wirklichkeit legen, sondern darum, wie sich Entscheidungsträger ihren Reim auf die Wirklichkeit machen (z.B. Duffield 1998; Hudson 1997; Vertzberger 1990). Ziel ist allerdings nicht die psychologische Nachzeichnung von Bewusstseinszuständen einzelner Staatsmänner, sondern die Herausarbeitung allgemeiner Muster, mit dem Ziel der Vorhersagbarkeit: Entscheidungsträger reagieren nicht direkt auf Veränderungen in der Umwelt, sondern sie reagieren primär auf die kognitive Repräsentation der Umwelt, die sie im Geiste konstruiert haben. Was sie für objektive Zwänge halten, kann für Akteure in Staaten mit einer anderen Entscheidungskultur mitunter gar nichts bedeuten. Um diese Komplexität zu reduzieren, denken Entscheidungsträger erfahrungsgemäß in historischen Analogien und Glaubenssätzen, mit denen sie die internationalen Konsequenzen ihrer Strategien abzuschätzen versuchen. Kultur ist auch die Software für das Management der Beziehungen zwischen der Gesellschaft und ihrer Umwelt. Damit lässt sich vor allem der Wandel von Sicherheitspolitik erklären, und zwar im Sinn einer „kognitiven Evolution“ (Adler 1997: 339). Das bedeutet zu lernen, sich andere Interpretationsmöglichkeiten der Wirklichkeit anzueignen. Krisen und Konflikte sind dann vor allem eine kognitive Herausforderung für die Staaten. Klassisches Beispiel ist die Kuba-Krise und der kollektive Lerneffekt beider Blöcke, dass es wichtiger ist, gemeinsam einen Nuklearkrieg zu vermeiden als mit ihrer jeweiligen ideologie- und interessengeprägten Sichtweise der Krise Recht zu behalten.

#### *4.3 Kultur als Wertsystem zur Konstruktion von Identitäten und Interessen*

Dieses Modell stellt den Faktor Identität (im Sinn von Selbstwahrnehmung, Selbstverortung) und die Rolle entsprechender Pfadabhängigkeiten im Sinn konstitutive Normen schaffender historischer Kompromisse in den Mittelpunkt (z.B. Chafetz/Spiras/Frankel 1999; Hall 1999; Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996). Solche meist auf bestimmten Wertsystemen (z.B. Sicherheitsideen wie „Kollektive Sicherheit“, „Abschreckung“, „kooperative Sicherheit“, „Präemption“, „Prävention“ u.a.) basierenden Identitäten wandeln sich allerdings nur langsam und können sich nicht schlagartig an neue internationale Herausforderungen anpassen. Wenn schnelle Reaktion erforderlich ist, werden eher neue, zusätzliche Identitäten entwickelt als vorhandene verändert, oder aber die Wirklichkeit wird so interpretiert, dass sie zu den vorhandenen Werten und Identitäten passt. Unter anderem dann spricht man berechtigterweise von der „sozialen

Methoden der sicherheitspolitischen Analyse

Eine Einführung

Siedschlag, A. (Hrsg.)

2014, VI, 388 S. 41 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19950-4